

## Ä14 Stresstest Demokratie

Antragsteller\*in: Luca Salis (KV Halle)

### Änderungsantrag zu A1

Nach Zeile 181 einfügen:

#### Beteiligung für alle zugänglich machen

Noch immer hängt die Inanspruchnahme verschiedenster Beteiligungsformen maßgeblich mit Milieuzugehörigkeit und Größe des Geldbeutels zusammen.

Entsprechend ist anzuerkennen, dass es mehr braucht als neue Beteiligungsformen und die Stärkung etablierter Akteur\*innen, um gesellschaftliche Teilhabe für alle zu ermöglichen und die Menschen wieder zusammen zu bringen.

Nötig sind gezielte Maßnahmen, welche sich konkret an diejenigen richten, die aktuell von Beteiligung abgeschnitten und gesellschaftlich abgehängt sind.

Staatliche Akteur\*innen müssen gesellschaftlich benachteiligte Bürger\*innen in besonderem Maße durch den Abbau von Barrieren und gezielte Aufklärung über Möglichkeiten der Teilhabe proaktiv zur Wahrnehmung von Beteiligungsmöglichkeiten befähigen.

Programme zur politischen Bildung müssen schwerpunktmäßig dort gestärkt werden, wo Beteiligung aktuell gering ausfällt.

Außerdem braucht es gerade bei der Integration von Migrant\*innen, die einen festen und unverzichtbaren Bestandteil in unserer Gesellschaft darstellen, gesteigerte Anstrengungen von Land und Kommunen, um Sprachbarrieren abzubauen sowie nötiges Know-how zu vermitteln.

Auch für andere marginalisierte Gruppen braucht es spezifische Formate, um faktischen Zugang zu politischen Prozessen sicherzustellen.

#### Begründung

erfolgt mündlich

**Ä4** Die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete kritisch begleiten - Diskriminierungsfreiheit sicherstellen

Antragsteller\*in: LAG Europa, Frieden & Internationales

Beschlussdatum: 29.04.2024

## Begründung

Das mit der Einführung einer Bezahlkarte diskutierte Gesetzesvorhaben ist vom Bundestag am 12.04.2024 beschlossen worden (weitere Ausführungen s.o.). Der Bundesrat hat seine Zustimmung am 26.04.2024 beschlossen. Auch wenn der Inhalt der gesetzlichen Änderung weiter abzulehnen ist, so muss der Fokus jetzt auf den Folgen der gesetzlichen Änderung liegen. Die Ablehnung des Antrages gilt diskriminierenden Bezahlkarten, und wird mit dieser Änderung auf die Leistungsgewährung in Form von Sachleistungen erweitert. Sachleistungen können allenfalls ein Mittel sein, um in Erstaufnahmeeinrichtung die unmittelbar erforderlich Versorgung ankommender Geflüchteter sicherzustellen. Sobald wie möglich müssen Geflüchtete jedoch in die Lage versetzt werden, selbst ihre Versorgung wahrzunehmen. Das ermöglicht in den sowieso einengenden Grenzen des Asylverfahrens einen Rest Selbstbestimmung und -entfaltung und ist damit grundlegende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Integration.

Ä5 Die Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete kritisch begleiten - Diskriminierungsfreiheit sicherstellen

Antragsteller\*in: Luca Salis (KV Halle)

## Ä1 Einführung eines Feiertags "Tag des Grundgesetzes"

Antragsteller\*in: Susan Sziborra-Seidlitz (KV Harz), Michelle Angeli (KV Magdeburg), Cornelia Lüddemann (KV Dessau-Roßlau)

### Änderungsantrag zu A4

Von Zeile 1 bis 3:

~~BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt fordert die Einführung eines neuen landesweiten Feiertags: Der Tag des Grundgesetzes. Dieser wird jährlich an dem Tag begangen, an dem das deutsche Grundgesetz erlassen wurde, am 23. Mai.~~

+BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt fordert die Einführung eines neuen landesweiten Feiertags: Der Frauentag wird Feiertag. Dieser wird jährlich als arbeitsfreier Tag am 8. März begangen.

### Begründung

Das Grundgesetz ist zweifelsohne ein Meilenstein unserer demokratischen Tradition. Sein Geburtstag ist ein Ereignis, das in jedem Jahr angemessen, und in der aktuellen Zeit stärker als bisher, gewürdigt werden muss.

Gleichzeitig ist diese Würdigung, wegen der Bedeutung unseres Grundgesetzes für unsere Demokratie, nicht ohne die aktive Beteiligung staatlicher Organe, eigene Initiativen von Schulen, Verbänden und Institutionen, öffentliche Veranstaltungen, Diskussionen und Zeremonien denkbar. Gerade, wenn diesem Tag eine größere Bedeutung beigemessen werden soll, ist ein arbeitsfreier Feiertag nicht das geeignete Instrument.

Dem gegenüber steht die Forderung, den 8. März in Sachsen-Anhalt, wie in den Ländern Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, zum Feiertag zu erheben. Der 8. März symbolisiert den Kampf der Frauen um Gleichberechtigung und gleiche Chancen, er steht für das Ringen um Parität in den Parlamenten und gleiche Bezahlung. Die Frauen- und Gleichstellungspolitik gehört zu den Gründungsthemen unserer Partei. In diesen düsteren Zeiten, in denen Rechtsextreme und Verfassungsfeinde daran arbeiten, das Bild der Frau zurück in längst überwundene Zeiten zu drängen, ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir diesen Tag feiern und ehren. Denn während Frauenhass und Gewalt gegen Frauen alltäglich und tief in den Strukturen unserer Gesellschaft verwurzelt sind, dürfen wir niemals vergessen, dass der Kampf für Gleichstellung und Würde unaufhörlich weitergeht.

Der 8. März als Feiertag würde die historischen Leistungen der Frauenbewegung würdigen und den zeitlichen Raum für Demonstrationen und Frauentagsfeiern im privaten oder gesellschaftlichen Rahmen geben. Deshalb bestätigen wir den Parteivorstandsbeschluss von 2019 und bekräftigen unseren Willen als feministische Partei.

### Unterstützer\*innen

Thea-Helene Gieroska (KV Magdeburg)

## Ä2 Einführung eines Feiertags "Tag des Grundgesetzes"

Antragsteller\*in: Sebastian Lüdecke (KV Mansfeld-Südharz)

### Änderungsantrag zu A4

Von Zeile 1 bis 3:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt fordert die Einführung eines neuen landesweiten Feiertags: ~~Der Tag des Grundgesetzes. Dieser wird jährlich an dem Tag begangen, an dem das deutsche Grundgesetz erlassen wurde, am 23. Mai. Dieser soll jährlich wechselnde feierwürdige Gegebenheiten repräsentieren und die Vielfalt der Gesellschaft widerspiegeln. Beispielsweise kommen der Frauentag (8. März), der Tag des Grundgesetzes (23. Mai), der Weltkindertag (20. September), nicht-christliche Feiertage (Islamisches Opferfest, Jom Kippur etc.) oder auch das (Augsburger) Hohe Friedensfest (8. August) in Betracht.~~

### Begründung

Es gibt zahlreiche feierwürdige Anlässe in Sachsen-Anhalt. Anstatt sich auf einen Umstand festzulegen, der den Dreikönigstag ersetzt, bestünde die Möglichkeit, jährlich wechselnd ein anderes Ereignis/einen anderen Feiertag zu begehen. So würde die Vielfältigkeit Sachsen-Anhalts (noch) besser abgebildet und es bestünde die Möglichkeit, den Feiertag auch nach kalendarischen Gesichtspunkten (Wochentage, Schulferien) zu wählen.

Ä5 In die Zukunft zu investieren zahlt sich aus – Schuldenbremse zukunftsfähig reformieren

Antragsteller\*in: Sebastian Lüdecke (KV Mansfeld-Südharz)

## Änderungsantrag zu A6

Von Zeile 9 bis 11 einfügen:

unmittelbar betrifft, müssen trotzdem heute gelöst werden. Eine Reform der Schuldenbremse muss neben der Einbeziehung hoher Einkommen und Vermögen nötige Zukunftsinvestitionen bspw. durch Investitionsfördergesellschaften ermöglichen und Übergangsregelungen nach

## Ä2 Ernsthafte Bemühung

Antragsteller\*in: Tobias Brendel (KV Halle)

### Änderungsantrag zu A7

Von Zeile 43 bis 44 einfügen:

Ministerien mit den größten Aufgaben im Klimaschutz stellen sich nicht ihrer Verantwortung! Die Ministerien mit den größten Aufgaben im Klimaschutz stellen sich nicht ihrer Verantwortung!

Von Zeile 64 bis 66 einfügen:

gerecht werden und langfristig die Voraussetzungen für ein klimaneutrales Land schaffen. Das Zögern und Zaudern der Landesregierung in Sachen Klimaschutz muss ein Ende haben! Das Zögern und Zaudern der Landesregierung in Sachen Klimaschutz muss ein Ende haben!

### Begründung

Übernahme vom Änderungsantrag von Dennis